

Deutschland | 22.03.2006: Rechtsextremismus

## Brauner Sumpf im Kölner Stadtrat?

Bezugnehmend auf die jüngsten Überlegungen von christdemokratischen Politikern in Deutschland, die neue Einbürgerungspraxis für Ausländer in den Niederlanden auch für Deutschland zu übernehmen, erschien heute in [kreuz.net](#) ein Artikel von Regina Wilden, ihres Zeichen Kölner Ratsmitglied und Vorsitzende der Porzer pro-Köln-Fraktion. Zur Erinnerung: Die neue niederländische Einbürgerungspraxis sieht vor, dass Ausländern, die sich in den Niederlanden niederlassen wollen, vom Staat einen Film auf DVD zugeschickt bekommen, in dem die Kamera zum Beispiel auf zwei sich küssende Männer einzoomt oder sich eine Frau "oben ohne" über den Strand fortbewegt. Anhand des Films soll der Antragsteller von Anfang an die Möglichkeit bekommen zu beurteilen, ob er sich mit dem Leben in der niederländischen Gesellschaft auch wirklich identifizieren kann. In dem Artikel bezeichnet es Frau Wilden als Witz, dass "deutsche Politiker vom niederländischen Heimatfilm begeistert sind." Und weiter: "Es scheint, daß das Volk der Dichter und Denker # beziehungsweise die kranke Sexualphantasie ihrer christlichen Politiker # sich neuerdings über Nacktszenen und homosexuellen Exhibitionismus definiert." Solche Aussprüche sind weniger dramatisch, sollten aber auch einmal vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass zum einen [kreuz.net](#) als selbsternannte "Katholische Nachrichten" an Homophobie nichts zu wünschen übrig lassen und die Autorin des Artikels Kölner Ratsmitglied ist. Allerdings als Mitglied der Bürgerbewegung pro Köln e.V. Wer oder was aber ist der pro Köln e.V.?

Für die Kommunalwahl 2004 hatten sich auch Kölns Rechtsextremisten gerüstet. Das ging seinerzeit aus dem damals veröffentlichten Verfassungsschutzbericht des nordrhein-westfälischen Innenministeriums hervor. Auf Stimmenfang ging nach Erkenntnis der Staatsschützer vor allem die Organisation "Pro Köln". Insbesondere die "Fülle einschlägiger - vor allem ausländerfeindlicher - Äußerungen der Vorstandsmitglieder in Wort und Schrift" unterstreiche die Annahme, dass es in der Organisation Bestrebungen gibt, "die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind", so die Verfassungsschützer in ihrem Bericht. "Pro Köln", deren Vorläufer die "Deutsche Liga für Volk und Heimat" war und sich selbst als "Bürgerbewegung" tituliert, liegt offenbar ganz im Trend der landesweiten Neonazi-Szene. Dort nämlich verzeichnen die Behörden zwar keinen personellen Zuwachs, wohl aber seien die öffentlichkeitswirksamen Auftritte von Aktivisten der Szene in Form von angemeldeten Demonstrationen und Kundgebungen "erheblich angestiegen". Als Beispiel wird eine Demo unter dem Motto "Keine Groß-Moschee nach Chorweiler" vom März 2003 genannt, zu der neben "Pro Köln" unter anderem auch die NPD und der neonazistische "Siegener Bärensturm" aufgerufen hatten. (Quelle u.a. [www.klick-nach-rechts.de](#))

